

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Redaktion: Tageblatt Riesa.
Journal Nr. 20.

Redaktion: Elbeblatt 11000.
Glocke Riesa Nr. 20.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 183.

Montag, 9. August 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorauzahlung, monatlich 4.— Mark ohne Rüstgebühr, bei Abholung am Posthalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabatages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im vorraus zu bezahlen; eine Gewohnheit für das Erreichen an bestimmten Tagen und Wägen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tobellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungskosten 20 Pf. Reise Tarife. Vermülliger Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfüllt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. **Haltung** und **Erfüllungsort**: Riesa. **Vierzähntägige Unterhaltungsbeiträge** "Erzähler an der Elbe" — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsbetriebs — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder auf Rücklieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Notationsdruck und Verlag**: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle**: Goethestraße 59. **Verantwortlich für Redaktion**: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenstell: i. V. H. Uhlemann, Riesa.

Ween der Veränderung auf dem Holzmarkt ist die Durchführung der Verordnung des Reichswirtschaftsministers über die Erhöhung des Holzpreisabschlages ufw. vom 29. November 1919 (R. G. Bl. S. 1925) bis auf weiteres auszusehen. Die Ausführungsbestimmungen vom 5. März 1920 (Sächs. Staatszeitung Nr. 54 vom 6. März 1920) sind daher zurzeit als erledigt anzusehen.

Die Norddeutsche Verordnung des Arbeitsministeriums über Brennholz vom 8. Mai 1920 (Sächs. Staatszeitung Nr. 105 vom 10. Mai 1920) wird hierdurch nicht berührt.

Dresden, am 7. August 1920.

1171 VL2

Wirtschafts- und Arbeitsministerium.

4274

Die Mände unter dem Warden von Richard Möhlke-Strennen ist erloschen.

Großenhain, am 6. August 1920.

1780 g.K.L. Die Amtshauptmannschaft.

Maul- und Klauenpest.

In den Gehöften

1. des Gutsbesitzers C. Siegel in Spannberg.
2. " Richard Müller in Pulsnitz und
3. Reinhold Dech in Mehltheuer

ist der Ausbruch der Maul- und Klauenpest bestätigt worden.

Als Herrschaft wird gemäß § 161 des Bundesratssatzes zum Viehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 — Seite 63 des Gesetz- und Verordnungssatzes 1912 — zu 2. der Ortsbereich Pulsnitz, zu 3. nunmehr der ganze Ort Mehltheuer und als Beobachtungsgebiet gemäß § 165 der genannten Vorrichten zu 2. der Altbereich Pulsnitz sowie die Orts- und Flurbereiche von Frauenhain und Rositz mit Gutsbezirken bestimmt. Für den Herrschaftsbezirk gelten die Vorrichten in §§ 162 bis 168 und für das Beobachtungsgebiet die §§ 166 bis 168 der genannten Bundesratsausführungsvorschriften.

Zu 1. beweist es bei den bereits getroffenen Anordnungen.

Zuriderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden, soweit nicht nach den Strafvorschriften des Viehseuchengesetzes vom 26. Juli 1909 bez. weiteren gesetzlichen Bestimmungen höhere Strafen verhängt sind, gemäß § 57 der Sächsischen Ausführungsverordnung zum Viehseuchengesetz mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft.

Großenhain, am 6. August 1920.

1772 g.K.L. Die Amtshauptmannschaft.

Verteilung von Auslandszucker als Einmachzucker.

Dem Kommunalverband wird Auslandszucker zur Verteilung als Einmachzucker am Freitag gestellt und zwar kommen ca. 7. Pfund für den Kopf zur Verteilung. Der Preis wird sich voraussichtlich auf 7.— M. bis 7.40 M. für das Pfund stellen.

Den Gemeindebehörden werden in den nächsten Tagen die Bezugspläne für diese Verteilung zugehen. Sie sind umgehend an die Verbraucher abzugeben.

Ansprüche auf Zucker haben alle diejenigen, die im Besitz einer Zuckerkarte sind.

Die neue Konferenz in Hythe.

Eine amtliche englische Mitteilung.

wib. Paris, 8. August.

Die Konferenz zwischen Millerand und Lloyd George hat in Hythe vormittags um 10 Uhr 15 Minuten begonnen und bis 1 Uhr 30 Minuten dauert. Um 2 Uhr 30 Minuten wurde folgendes Communiqué aus englischer Sprache veröffentlicht:

Die englische Regierung hat von den Sovjets eine endgültige Antwort auf die Note, die ihnen Freitag überreicht wurde, nicht erhalten. Indessen hat sie Antrittungen über die Absichten der Bolschewiten erhalten und sie lassen voraussehen, daß diese sich weigern, der vorgeschlagenen Einigung zuzustimmen. Man weiß, daß nach der Konferenz, die Lloyd George, Bonar Law und Lord Curzon Freitag mit den Hauptdelegierten der Sowjetregierung in London hatten, ein Memorandum nach Moskau geschickt wurde, um den Abschluß einer Waffenruhe an der russisch-polnischen Front für eine Zeit von 10 Tagen zu erlangen, unter der Bedingung, daß man beiderseitig in den Stellungen verbleibe, ohne sie während dieser Zeit zu verbessern. Da sich die Sovjets weigern, die Operationen zu unterbrechen, hat den ganzen Vormittag ein rege Meinungsaustausch über die zu treffenden Maßnahmen stattgefunden, der um 1/3 Uhr wieder aufgenommen werden soll.

Lord Biddell, der dieses Communiqué den Journalisten mitteilte, beendete seine Erklärungen mit den Worten: die Lage ist ernst.

Nach einer Bavar meldung aus London war es unmöglich zu sagen, ob die Verhandlungen in Hythe gestern zu Ende gingen.

Rußland will Friedensverhandlungen.

Wie ein Radio-Telegramm aus Moskau berichtet, will die Sowjet-Regierung keine Waffenstillstandsverhandlungen, sondern gleich Friedensverhandlungen mit Polen führen, weil sie Nachrichten erhalten habe, daß Polen nur Zeit zur Neuorganisation des Heeres gewinnen wollte.

Englands Drohung mit der Blockade.

Kamenew hat Lloyd George mitgeteilt, daß er ein dringendes Telegramm nach Moskau gesucht habe, in dem er mitteilte, die britische Regierung wolle Polen in einem Krieg gegen Russland unterstützen und die Blockade erneut als Folge des Einfalles der Sowjettruppen innerhalb der ethnographischen Grenze Polens.

In der durch Kamenew überreichten Note an Lloyd George heißt es u. a. noch: Es besteht sich von selbst, daß die russische Sowjetregierung nicht verlangt oder verlangt hat, die Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit dem Abschluß des endgültigen Friedensvertrages zwischen Polen und Russland zu vereinigen. Demnach ist es unvermeidlich, daß Verhandlungen über einen Waffenstillstand notwendigerweise gewisse Bedingungen und Sicherheiten in sich schließen, die auf rein militärischem Gebiete liegen. Die Geschichte des polnischen Angriffs auf Russland und die unbestreitbare Tatsache der planmäßigen und fortwährenden Art, welche Polen von Frankreich erhält, sowie die Unzulänglichkeit des Heeres des Generals Wrangel

in der Sektion, den die französische Regierung ebenfalls untersagt, nötigen die russische Regierung, mit den Waffenstillstandsbedingungen gewisse Bürgschaften zu verbinden, wie es Polen unmöglich machen würden, die Zeit des Waffenstillstandes dazu zu benutzen, neue Feindseligkeiten gegen Russland vorzubereiten. Bei den geforderten Bürgschaften gehört teilweise Entwaffnung und Einstellung der Streitkräfte, sowohl der Freiwilligen, als auch der Dienstpflichtigen. Aus der Haltung der polnischen Abordnung, die es vorzog, nach Warschau zurückzuziehen, ist man berechtigt, den Schluß zu ziehen, daß die polnische Regierung auswärtige Unterstützung abwartet und in dieser Abwartung den Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen in die Länge zieht.

Englische Flotte im Kattegat.

Aus Göteborg wird gemeldet: Hier wurden mehrere Geschwader der englischen Flotte im Kattegat mit dem Kurs nach Dänemark. Das Zielziel ist angeblich Neval.

Verhandlungen mit Amerika.

Reuter meldet aus London: Zwischen Washington, London und Paris findet fortgesetzt ein rege Meinungsaustausch über die politische Frage statt. Es ist bekannt, daß die Alliierten versuchten einen Plan für die von Amerika an Polen zu gewährende Hilfe in Vorschlag gebracht haben. Die Einzelheiten werden indessen geheim gehalten.

Ungarisches Hilfsangebot.

Eine Delegation des ungarischen Parlaments, unter Führung des unbefangenen Politikers Baron Suntzlin, hatte am Freitag den polnischen Außenministerpräsidenten Dasszinski einen Besuch ab. Baron Suntzlin wies darauf hin, daß Ungarn der polnischen Regierung bereits vor zwei Wochen ein Hilfsangebot gemacht habe, aber bisher ohne Antwort geblieben sei. Ungarn wolle Polen nach wie vor unterstützen und zwar nicht durch Entsendung einziger Schiffe und Mann, Munition und Kriegsmaterial, sondern auch durch Lieferung von Getreide der diesjährigen Ernte. Ebenso sollte das ungarische Heer Krenz auf Anforderung seine Dienste Polen zur Verfügung stellen.

Die polnische Regierung ist in Warschau.

Halbamitlich wird aus Warschau gemeldet: Die Melbung des Baseler polnischen Pressebüros über das Eintragen der polnischen Regierung in Krakau ist, sowohl was die Tatsache selbst betrifft, als auch in den Einzelheiten vollkommen erfunden. Die polnische Regierung befindet sich nach wie vor in Warschau und hatte bisher auch keine Veranlassung, einzelne Dienststellen, Archive und sonstige Einrichtungen aus Warschau zu entfernen.

Russischer Rammbericht.

Auf Moskau wird radiographisch folgender Bericht über die Lage verbreitet: Bei der Station Sjadowo bei Ostromlens fanden Kämpfe statt, wobei wie viel Kriegsmaterial auf Lokomotiven mit Eisenbahnwagen und zwei Taxis erbeuteten. Nördlich von Brody hat unsere Kavallerie den Feind geschlagen. Auf der Krim haben wir die Offensive eröffnet und Megyndromit genommen.

Binnenschiffer haben nur dann Anspruch, wenn sie im biesigen Kommunalverband beheimatet sind.

Wer von dem Bezug des Einmachzuckers Gebrauch machen will, hat die ihm durch die Gemeindebehörde angegebene Bezugsfarbe abzuhängen und längstens bis zum 18. Ibd. Wiss. bei einem im Bezirk der Amtshauptmannschaft Großenhain wohnenden Zuckerleinhändler zur Belieferung anzumelden. Später eingehende Anmeldungen können keinesfalls berücksichtigt werden. Die Kleinhändler haben am 18. Ibd. Wiss. die über die Anmeldung anzugegenden Listen abzuschicken und die Anmeldeabschriften zu je 50 Stück gebündelt an die Firma Georg Hanke in Großenhain und zwar längstens bis zum 20. Ibd. Wiss. einzusenden.

Die Preise müssen unbedingt eingehalten werden, da andernfalls auf eine Belieferung nicht gerechnet werden kann.

Der Zeitpunkt der Verteilung und der genaue Preis wird seinerzeit noch bekanntgegeben.

Großenhain, am 7. August 1920.

970 III. Der Kommunalverband.

Ackerbohnen betr.

Die Verkaufsstellen des Bezirks werden aufgefordert, die noch vorhandenen Bestände an dem Kommunalverband zugewiesenen Ackerbohnen umgehend und bis spätestens zum 14. Ibd. Wiss. durch Vermittelung der Verteilungsstelle, von der die Bohnen bezogen worden sind, an die Hauptverteilungsstelle, Herren Kommissionsrat Ernst Bille in Riesa, auszuliefern. Später eingehende Sendungen können nicht berücksichtigt werden. Gutschrift erfolgt durch die Hauptverteilungsstelle.

Großenhain, am 7. August 1920.

1068 III. Der Kommunalverband.

Butter betr.

Unverzüglicher Buttereingang läßt in Riesa und Gröba die Verteilung von einem Viertel Stückchen Butter in der Woche vom 9. bis 15. VIII. zu.

Großenhain, am 9. August 1920.

184 IV. Der Kommunalverband.

Eine Mutter, die ihren Säugling liebt, wird es durchziehen, ihn in der heißen Jahreszeit wenigstens zu stillen. Der gefürchtete Brechdurchfall kommt nur bei Fleischkindern vor.

Das Nüchternen oder Nüchternen ist oft eine Folge des zu häufigen Anlegens. Dreitümliche Bananen sind nötig für Mutter und Kind. Für alle Frauen im Wohlfahrtspflegebezirk Riesa, die Rat suchen, sind die Beratungsstellen zu Riesa und Gröba vorhanden. Sie sind geöffnet:

in Riesa am 1. und 3. Dienstag im Monat vorm. 9 Uhr,

in Riesa am 2. und 4. Dienstag im Monat nachm. 3 Uhr,

in Gröba am 2. und 4. Donnerstag im Monat nachm. 4½ Uhr.

Wohlfahrtsamt Riesa, am 16. Juni 1920.

F.

Die Polen geben den Verlust von Lomza zu.

Der polnische Heeresbericht meldet die Besiegung der Stadt Lomza durch die Polenkrieger. Nördlich von Ostromlens geht der Kampf weiter. An der Buglinie finden erbitterte Kämpfe statt. Bei Trojewin und Brest wurden die Polenkrieger über den Fluss zurückgeworfen. Die Kämpfe bei Brody nehmen einen für die Polen günstigen Verlauf. An der Terebifront wiesen polnische und ukrainische Abteilungen alle feindlichen Angriffe ab. Bei Mtschkin wurde ein bolschewistisches Infanterieregiment aufgerieben.

Aufruf an die Arbeiterschaft.

In der sozialistischen Presse veröffentlichten der allgemeine Gewerkschaftsbund, die Sozialistische Partei, die Unabhängige und Kommunistische Partei (Spartakusbund) einen gemeinschaftlichen Aufruf an die deutsche sowie die französische und englische Arbeiterschaft zum Schutz der deutschen Neutralität, etwaigen Versuchen der Entente, Truppen und Kriegsmaterial durch deutsches Gebiet zu transportieren, jegliche Hilfe zu verwehren.

Das englische Sozialistenteam "Daily Herald", das infolge der ersten Lage am letzten Sonntag erhielt, fordert, wenn die Alliierten sich heute für den Krieg erklären würden, statt einen ehrenhaften Frieden mit einer sozialistischen Republik zu schließen, müßte die Arbeit morgen im ganzen Lande ruhen. Man müßte den Krieg durch den Streik verhindern.

Minister Simons über die deutsch-russischen Beziehungen.

Der Berliner Berichterstatter der unabhängigen "Leipziger Volkszeitung" hatte eine längere Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen Dr. Simons über die bevorstehende Wiederherstellung der deutlich-russischen diplomatischen Beziehungen. Der Minister antwortete auf die ihm gestellten Fragen u. a.: „Ich bin zur sofortigen Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen mit der russischen Sowjetregierung bereit, sobald man uns Genehmigung für die Errichtung des bei der Sowjetregierung akkreditierten Gesandten, des Großen von Riebach, gegeben hat. Ich bin auch bereit, jeder privaten Initiative, sowohl von deutscher wie von russischer Seite amtliche Unterstützung angebieten zu lassen und auch offiziell die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zu fordern. Ich bin der festen Überzeugung, daß zu einer wirtschaftlichen Gefüldung Europas auch die deutsch-russische Zusammenarbeit erforderlich ist. Es braucht dabei Russland die deutsche industrielle Mitarbeit ebensoviel wie wir die russischen Rohstoffe und Lebensmittel. Andere europäische Staaten sind in ähnlicher Lage, so daß ganz Europa auf die Erfolge dieses Zusammenarbeitens für seine wirtschaftliche Wiederherstellung angewiesen ist. Soweit ich es im Augenblick übersehen kann, besteht keiner im Kabinett noch bei irgend einer Partei Bedenken gegen die Wiederherstellung der deutlich-russischen Beziehungen. Im Gegenteil, sämtliche Parteien haben in letzter Zeit diesen Gedanken als äußerst sinnvoll und für die deutsche Zukunft dringend notwendig begrüßt. Dagegen halte ich es für meine Pflicht, davon zu warnen, daß man an die deutsch-russische Verständigung politische Hoffnungen knüpft, die entweder geeignet sind, uns in den Verdacht zu bringen,